

Die Coronakrise verlangt eine bessere internationale Zusammenarbeit! Wir brauchen eine Veröffentlichung von aktuellen Forschungen und eine weltweit konzertierte Aktion zur Herstellung von Impfstoffen oder Immuntests sowie zur schnellen Entwicklung von günstigen Medikamenten. In diesem kapitalistischen System versuchen einzelne Pharmaunternehmen von einer Krise, die Menschenleben kostet, zu profitieren - dies verurteilen wir zutiefst.

Des weiteren benötigen wir eine bessere Vernetzung zur Nutzung der vorhandenen Ressourcen in Deutschland - sowohl von Geräten als auch Fachpersonal. Durch die Schließung der Universitäten gäbe es beispielsweise jede Menge ausgebildetes Laborpersonal und Geräte, die zur Erhöhung der Anzahl der Tests herangezogen werden könnten. Wir schließen uns dem Maßnahmenkatalog der Medizinerplattform im internationalistischen Bündnis an.
(<http://www.inter-buendnis.de/forderungen-der-mediziner-plattform-im-internationalistischen-buendnis/>)

Liebe Freund*innen,

Die Lasten der Corona-Krise und Weltwirtschaftskrise werden über kurz oder lang auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden und sie wird als Begründung dienen, existentielle Sofortmaßnahmen zur Rettung der Umwelt wären nun „zu teuer“. Dabei haben Konzerne und Banken seit Jahren Milliardengewinne gemacht. Die Beschäftigten sollen mit einer massenweisen Arbeitsplatzvernichtung rechnen und eine Pleitewelle im Mittelstand wird derzeit nur herausgezögert. Und nun soll mit Notstandsmaßnahmen verhindert werden, dass Betroffene dagegen kämpfen. Dieser Entwicklung stehen schon heute Millionen Menschen entgegen, die nicht in dem kapitalistischen Krisenchaos untergehen wollen, allen voran viele Jugendliche.

JEDE* R VON EUCH IST HERAUSGEFORDERT, SEINE /IHRE SCHLÜSSE DARAUS ZU ZIEHEN!

In unserem Programm entwickeln wir die Vision: „Um aber eine globale Umweltkatastrophe abzuwenden, braucht es eine neue Qualität der Umweltbewegung und eine weltweit überlegene Kraft gegen die Hauptverursacher in Konzernzentralen, Banken und Regierungen.“ Wir sind viele, aber nur organisiert werden wir überlegen sein und einen erfolgreichen Kampf zur Rettung der Erde vor dem Kollaps führen.

**DIE UMWELTGEWERKSCHAFT STEHT ALLEN OFFEN, DIE DABEI MITHELFEN WOLLEN.
WERDET MITGLIED!**

www.umweltgewerkschaft.org

Erklärung

des Bundesvorstandes der Umweltgewerkschaft

zur Corona Pandemie:



Wir brauchen konsequenten Gesundheitsschutz! Wir protestieren gegen den Missbrauch der Pandemie zum Abbau demokratischer Recht und sowie gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der „kleinen Leute“!

Mit Besorgnis beobachten wir die Ereignisse der letzten Wochen. Die steigende Umweltbelastung, Vergiftung und Zerstörung des natürlichen Lebensraumes führen in der Bevölkerung zu einer Erhöhung von Krebs-, Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen oder Immunschwäche und begünstigen die Ausbreitung dieser Pandemie. Zum aktuellen Zeitpunkt müssen wir zudem feststellen, dass es an Fachpersonal, wichtigen Materialien wie Atemmasken, Schutzkittel, Beatmungsgeräten und vielem mehr mangelt - entgegen der anfänglichen Behauptung der Bundesregierung, wir wären auf einen solchen Fall bestens vorbereitet. Jetzt zeigen sich konsequenterweise die Folgen der Privatisierung im Gesundheitswesen. Unzureichend ausgerüstete und ausgedünnte Belegschaften versuchen unter Gefährdung der eigenen Gesundheit den Kranken zu helfen, deren Zahl noch immer ständig steigt.

All denen, die den Menschen in diesen Tagen helfend zur Seite stehen stehen, gehört unsere volle Solidarität.

Wir sehen jedoch eine weltweite positive Entwicklung: Es bilden sich unzählige Hilfsinitiativen z.B. zur Sicherung der Versorgung von Menschen, die ihre Wohnung nicht mehr verlassen können oder zur Unterstützung der Kinderbetreuung. Es gibt unglaublich viel Ideenreichtum, Solidarität und Selbstlosigkeit. Darin erkennen wir ein großartiges Potenzial für eine Gesellschaft, in welcher die Menschen, ihre Gesundheit und die Einheit mit der Natur im Mittelpunkt stehen.

Gesundheitsschutz, gegenseitige Hilfe und Solidarität sind jetzt auch in unserer Vereinsarbeit wesentlich.

Wir rufen dazu auf: Achtet auf eure Gesundheit und haltet die nötigen Schutzmaßnahmen ein! Organisiert aber auch den Zusammenhalt in geeigneter Weise, ebenso wie den Protest. Beteiligt euch an Nachbarschaftshilfe, organisiert Einkäufe, gemeinsame Beratung.

Doch wer glaubt, in dieser Situation würden nun die Bundesregierung oder die Industriekonzerne Lehren ziehen oder gar zur Vernunft kommen, der wird enttäuscht werden. Im Gegenteil! Schon wird in der Presse von einzelnen Politikern und Industriebranchenverbänden wie der Luftfahrtindustrie die Meinung vertreten, dass „klimaschutzrelevante Investitionen“ nun leider nicht mehr wie geplant durchgeführt werden können.

Dazu sagen wir NEIN!

Nach wie vor ist die möglichst häufige Unterbrechung der Infektionsskette wesentlich. Hierzu hat die Bundesregierung einige Notstandsmaßnahmen in Kraft gesetzt. Diese beruhen auf dem Vermeiden sozialer Kontakte. Universitäts- und Schulschließungen, Schließungen von Kitas und Abstandsregeln sind sinnvoll und nötig. Aber während auf offener Straße nur noch 2 Menschen miteinander unterwegs sein dürfen, hat die Bundesregierung kein Problem damit, dass viele Betriebe weiter produzieren wie Siemens, Thyssen Krupp oder Festo. In den Betrieben wird jedoch alles andere als ein optimaler Schutz für die Arbeiter gewährleistet. Einige Belegschaften auf der ganzen Welt kämpfen bereits gegen die Aufrechterhaltung der Produktion ohne ausreichende Schutzmaßnahmen.

Wir stehen solidarisch hinter diesen Kämpfen und führen sie gemeinsam mit den Beschäftigten! Desweiteren werden den großen Konzernen 100 Prozent ihrer Ausfälle erstattet, den Kurzarbeiter*innen hingegen nur 60 - 67 %. Das muss auf 100% aufgestockt werden!

Auch kann es nicht angehen, dass die Betreuung von Kindern mit Ausnahme von „systemrelevanten Bereichen“ voll auf die Familien abgewälzt wird, während Eltern arbeiten müssen. Wenn die Kinder dann zu den Großeltern gebracht werden müssen, werden ausgerechnet ältere Menschen mit hohem Risiko einer Ansteckungsgefahr ausgesetzt

Wir fordern eine Ausweitung der Notbetreuung und staatliche Hilfen für Betroffene!

Mit der Kontaktsperre wurden jegliche Versammlungen auch unter freiem Himmel mit Sicherheitsabstand untersagt und damit faktisch ein Großteil des demokratischen politischen Lebens unter Strafe gestellt. Protestierende Flüchtlinge, die in Bremen auf ihre katastrophale Situation (in genügend gegenseitigem Sicherheitsabstand) aufmerksam machten, wurden nun angezeigt, weil sie gegen das Infektionsschutzgesetz verstoßen haben. Arbeiten gehen und in überfüllten Lagern auf das Coronavirus warten ist also in Ordnung, aber die Proteste dagegen sind illegal? Dagegen protestieren wir und sagen:

Gesundheitsschutz - ja! Abbau demokratischer Rechte - nein!